

›Profite« oder ›Politik«

Die Dilemmata der britisch-kubanischen Beziehungen zu Beginn des Kalten Kriegs

STEVE CUSHION

Die Beziehungen zwischen den Regierungen Großbritanniens und Kubas gestalteten sich sehr komplex, was vor allem an der Präsenz der USA im Norden der Karibikinsel lag. Großbritannien war ein politischer Verbündeter der USA, der sich vollständig der nordamerikanischen, antikommunistischen Politik des Kalten Kriegs verpflichtet fühlte. Die britischen Kapitalisten aber – und das ist ein sehr großes ›aber« – standen im direkten Wettbewerb mit ihren US-Rivalen, vor allem bezüglich des Handels mit Kuba. Eine diplomatische Note des britischen Botschafters in Washington aus dem Jahr 1960, fasst diese Dichotomie folgendermaßen zusammen:

»Jeder Schritt unsererseits, Waren und Materialien für die enteigneten US-Unternehmen [auf Kuba, L. B.] zu liefern, würde hier [in den USA, L. B.] zu tiefst übel genommen werden. Mir ist klar, dass, wenn wir nicht liefern, Kuba sich sehr gut das, was benötigt, anderweitig bekommen kann und dies wird die kommunistische Durchdringung beschleunigen. Ich bin mir auch dessen bewusst, dass US-amerikanische Firmen in zwei Weltkriegen, während wir für die Freiheit kämpften, unseren Handel in Lateinamerika übernahmen. Zugleich gibt es diese besondere Rücksichtnahme gegenüber Kuba. Ihrer Majestät Regierung haben vereinbart, die Regierung der Vereinigten Staaten in ihrer Politik gegenüber Kuba beizustehen, soweit dies von uns aus möglich ist.«¹

Eine der wichtigsten Aufgaben einer Botschafterin bzw. eines Botschafters ist es, die Interessen der britischen Unternehmen in dem Land, in dem sie oder er

¹ The National Archives (TNA), Foreign Office (FO) 371-148260-AK1152-20.

stationiert ist, zu fördern – eine Verantwortung, die zwangsläufig deren Sicht auf die lokale Politik widerspiegelt. Somit legte die britische Botschaft in Kuba in den 1940er und 1950er Jahren ein spezielles Augenmerk auf die Rendite von sowohl kubanischen als auch von britischen Kapitalinvestitionen. Im Lichte derartiger Überlegungen wird dieser Artikel die britische Sicht auf Kuba anhand der diplomatischen Korrespondenz aus The National Archives in Kew (London) untersuchen. Es wird argumentiert, dass das Batista-Regime die Unterstützung des lokaler und ausländischer Kapitalträger erhielt, da diese als Garanten für eine Steigerung der kubanischen Produktivität betrachtet wurden. Nachdem sich der britische Botschafter so lange über die ›unvernünftigen Forderungen der Arbeiterschaft‹ beschwert hatte, begrüßten die Berichte, die er nach London schickte, Fulgencio Batistas Putsch im Jahr 1952 auch in der Hoffnung, dass die de facto-Regierung ihre Position ausnutzen würde, um die Lohnkosten zu senken. Die ›*intensivismo*‹-Kampagne des Regimes wurde durch ›Unseren Mann in Havanna‹ billigend in Kauf genommen, wobei im Gegenzug eine höhere Rentabilität und die vage Hoffnung auf einen steigenden Wohlstand erwartet wurde. Als ›*intensivismo*‹-Kampagne wurde auf Kuba der Einsatz repressiver Gewalt und die weit verbreitete Korruption bezeichnet, die gezielt dazu eingesetzt wurden, um die Fähigkeit der Arbeiterschaft einzuschränken, ihre Löhne und Arbeitsbedingungen zu verteidigen, Insbesondere wurde nur die korrupte Führung der kubanischen Gewerkschaften nur dann als ein Problem betrachtet, wenn sich diese gegen Stellenabbau und Lohnkürzungen einsetzten. Dies geriet jedoch im Lichte ihrer späteren Unterstützung für das Regime schnell in Vergessenheit.

Da sich das britische Außenministerium über die Bedrohung durch die Rebellen in den Bergen in zunehmendem Maße besorgt zeigte, tat es alles in seiner Macht stehende, um Batista zu unterstützen, einschließlich der Lieferung von Panzern und Kampfflugzeugen, auch nachdem die USA dies 1958 – zumindest offiziell – gestoppt hatten. Nachdem aber Batista am 1. Januar 1959 aus Kuba geflohen war, (und trotz ihrer Abscheu gegenüber der revolutionären Regierung) gewöhnte sich die britische Diplomatie rasch an die neue Realität und es gelang ihr, einen kommerziellen Vorteil gegenüber den USA zu gewinnen: So wurden Verbündete des Kalten Kriegs zu kommerziellen Rivalen.

Um die Unterstützung der Bevölkerung für den Krieg gegen Nazi-Deutschland und das faschistische Italien zu gewinnen, tolerierte die US-Regierung während des Zweiten Weltkrieges reformistische Regimes in Lateinamerika. Diese hatten sozialstaatliche Maßnahmen eingeführt und garantierten den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Solange

die Sowjetunion im Krieg ein Verbündeter der USA war, war auch die Kommunistischen Partei (KP) Kubas ein akzeptierter Partner in der Regierungskoalition auf Kuba. Dies änderte sich allerdings grundlegend nach der Niederlage der Achsenmächte, als die Sowjetunion schnell zum neuen ›totalitären‹ Feind des selbsternannten ›freien Westens‹ wurde.

Um diese neue Situation auszunutzen suchten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie die jeweiligen Regierungen nach Wegen, die während des Krieges beschlossenen Reformen rückgängig zu machen und die Rentabilität unter den ökonomisch schwierigen Umständen nach dem Krieg wieder herzustellen. Die antikommunistische Hysterie, die geschürt wurde, um die veränderte US-Politik gegenüber der Sowjetunion zu rechtfertigen, wurde auch von den herrschenden Klassen in Lateinamerika eingesetzt. Es handelte sich dabei um den Versuch, die Gewerkschaften von linken Mitgliedern unterschiedlicher politischer Überzeugungen zu säubern und die übriggebliebenen Führungspersönlichkeiten zu ›zähmen‹, um auf Kosten der Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine wirtschaftsfreundliche Atmosphäre wiederherzustellen und die Gewinnspannen zu steigern. Im Kontext der besonderen Umstände im Kuba der späten 1940er Jahre umfasste dies eine Mischung aus staatlicher Intervention und organisierter Kriminalität. Ein Angriff auf die kubanischen Kommunistinnen und Kommunisten und anderer militanter Arbeiterinnen und Arbeiter diente deshalb zwei Zwecken: Um den kommunistischen Einfluss beseitigen und um die Fähigkeit der Arbeiterinnen und Arbeiter zu mindern, die Rechte und Löhne zu verteidigen, die sie während des Zweiten Weltkriegs erreicht hatten.

Zu Beginn der 1950er Jahre befand sich Kuba in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, da die weltweite Zuckerproduktion die Nachfrage überstieg und die Zuckerpreise sanken (Pino Santos: 2008). Der Zucker war von zentraler Bedeutung für die kubanische Wirtschaft und der Einbruch seines internationalen Preises wirkte sich auf jegliche wirtschaftliche Aktivität auf der Insel negativ aus, was die Arbeitgeberseite die Notwendigkeit einer Steigerung der Produktivität spüren ließ. Ein Bericht der britischen Botschaft brachte dies so zum Ausdruck: »[V]iele Beobachter waren der Ansicht, dass die Arbeiter eine bessere Behandlung erhielten, als es sich die Wirtschaft des Landes auf lange Sicht leisten könnte.«²

Der Bericht erwähnte außerdem, dass die kubanischen Arbeiterinnen und Arbeiter die am besten bezahlten in ganz Lateinamerika seien. Doch für die Mehrheit der kubanischen Arbeiterschaft schien dies lediglich der Normalzustand zu sein. Die Tatsache, dass deren Lebensstandard höher war als

² TNA/FO 371/103390-AK2181/1.

die der peruanischen oder mexikanischen Arbeiterinnen und Arbeiter, führte zwar eventuell zu Solidaritätsbekundungen, doch es war höchst unwahrscheinlich, dass dies zu einer Bereitschaft führte, selbst Opfer zu bringen.

Kuba hatte zu jener Zeit auch den höchsten Anteil an gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeitern in ganz Lateinamerika, wobei der kubanische Gewerkschaftsbund, die *Confederación de Trabajadores de Cuba* (CTC), von der Regierung abhängig war und die meisten Auseinandersetzungen durch das Eingreifen des Arbeitsministeriums und nicht durch gemeinsame Verhandlungen gelöst wurden. Die CTC wurde von Generalsekretär Eusebio Mujal geleitet, der 1947/48 die Kommunistinnen und Kommunisten in der CTC bezwungen hatte und durch eine Mischung aus organisierter Kriminalität und Gönnerschaft der Regierung die Kontrolle über die Gewerkschaftsmaschinerie erlangt hatte. Mujal war bekannt dafür, durch und durch korrupt zu sein (Rojas Blaquier: 1983). Die britischen diplomatischen Berichte enthalten einige wenige Hinweise auf Morde an einem Dutzend kommunistischer Gewerkschaftsführer, die sich während Mujals Machtübernahme in der CTC ereigneten. Sogar der Bericht über den Mord an Jesús Menéndez, dem Generalsekretär des Verbandes der Zuckerarbeiter und wahrscheinlich wichtigsten Gewerkschafter Kubas, stellt schlicht fest: »Ich schreibe Ihnen dies nur, weil Sie eventuell weitere Beweise für die kubanischen Ideen von öffentlicher Moral und Gerechtigkeit benötigen mögen.«³ Die Gefühlskälte, mit der die Nachrichten der Ermordung kommunistischer Gewerkschaftsführer in London empfangen wurden, lässt sich anhand einer handschriftlichen Notiz auf diesem Bericht zeigen: »[A]b mit ihren Köpfen sagte die Herzogin« (ebenda).

Mujal nutzte seine Verbindungen zur kubanischen Regierung, um genügend finanzielle Vorteile für die Arbeiterinnen und Arbeiter zu erhalten, um so seine Führungsposition zu sichern und zu beweisen, dass er in dieser Hinsicht mindestens ebenso effizient wie die Kommunistinnen und Kommunisten war, die er zuvor ersetzt hatte. Die Berichte des britischen Botschafters aus dem Jahr 1952 sind voll von Kritik an den »endlosen, unverantwortlichen Forderungen der Arbeiterbewegung«⁴, für die er Mujal verantwortlich machte. Dieser »zwingt Präsident Prío seinen Willen auf und sichert sich die Zufriedenstellung all seiner Launen, wie unverantwortlich und schädlich dies auch für die langfristigen Interessen des Landes sein könnte.«⁵

Die geringe Produktivität war die größte Sorge des 1951 verfassten »Berichts zu Kuba«, der für die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

³ TNA/FO 371/67972-AN0684.

⁴ TNA/FO 371/97515-AK1011/1.

⁵ TNA/FO 371/97516-AK1015/33.

zusammengestellt wurde. In diesem wird der Widerstand der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Mechanisierung und anderer Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung deutlich als das Haupthindernis der kubanischen Wirtschaft identifiziert. Francis Truslow, der Hauptautor des Berichts, führte aus:

»Mitarbeiter widersetzen sich heftig der Mechanisierung und den Kostensenkungsmethoden. ›Featherbedding‹ [Einstellung von mehr Arbeitnehmerinnen und -nehmern als nötig, L. B.] wird gefördert und die Entlassung von Mitarbeitern aus legitimem Grund erschwert oder unmöglich gemacht. Während die Arbeiterschaft noch Lohnforderungen stellt, wird angenommen, dass sie in vielen Fällen die Grenze dessen erreicht haben, was die Arbeitgeber tolerieren werden. Eine Bewegung zur Anerkennung fairer Rechte der Arbeiterschaft hat sich seitdem zu einer Pyramide von Exzessen entwickelt, die viele der produktiven Vermögenswerte des Landes zu liquidieren droht.« (Truslow 1951: 10)

Der Bericht argumentierte, dass eine höhere Produktivität Investitionen anziehen sowie die Diversifizierung fördern und dadurch Arbeitsplätze schaffen würde. Hinter dem Aufruf einer verstärkten Kooperation zwischen Arbeitgeberschaft und Arbeitnehmerschaft auf der Grundlage veränderter Einstellungen lag der konkrete Vorschlag, die Entlassung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einfacher, schneller und billiger zu machen. Die Statistiken zum Pro-Kopf-Einkommen verschleiern das Ausmaß der Ungleichheit und das permanent hohe Niveau der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung. Das Vorhandensein einer so großen ›Reservearmee von Arbeitslosen‹ berührte das Bewusstsein der arbeiteten Menschen sehr stark und die Frage nach der Sicherheit des Arbeitsplatzes war somit stets das Hauptanliegen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter.

In Anbetracht der Stärke der Gewerkschaften gab es kaum eine Möglichkeit, dass der Truslow-Bericht von einer gewählten Regierung umgesetzt werden könnte. Dies erforderte eher ein autoritäres Regime, welches die Empfehlungen des Berichts erzwingen konnte, die – zumindest auf kurze Sicht – zu einer deutlichen Erhöhung des bereits dauerhaften Niveaus an Arbeitslosigkeit führen könnte. Der Putsch, der die Batista-Diktatur einleitete, wurde als Mittel interpretiert, um dies zu erreichen und somit von der britischen Botschaft begrüßt:

»Ich bin mehr und mehr davon überzeugt, dass der eigentliche Grund für die von den Streitkräften inszenierte Revolution ihre völlige Abscheu vor der wachsenden und unbeschränkten Macht der Arbeiterschaft war.«⁶

Außerdem meinte die britische Botschaft weiterhin:

»Die Geschäftswelt, Industrie und Handel haben die neue Regierung begrüßt. [...] Wenn der Staatsstreich kommen musste, hätte ihrer Ansicht nach kein besserer Anführer gefunden können und kein günstigerer Zeitpunkt gewählt werden können.«⁷

Mit dem Putsch konfrontiert wechselte die Führung der CTC schnell die Seiten und Mujal wurde Batistas loyalster Kollaborateur. Als Gegenleistung für seine Unterstützung gab die Regierung den Mujal-Anhängern (*mujalistas*) großzügige Schmiergelder und verpflichtete die Arbeitnehmerseite dazu, die Gewerkschaftsbeiträge in Form einer Zwangsabgabe vom Lohn der Arbeiterinnen und Arbeiter abzuziehen. Diese neuen Einnahmequelle für die Führungsriege der CTC befreite diese vom Druck der einfachen Gewerkschaftsmitglieder. Die Regierung setzte ihrerseits auf ein Bündel repressiver Aktionen, um jeglichen Einfluss der Kommunistinnen und Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung zu unterbinden und sie als Konkurrenz auszuschalten, was ihr die Unterstützung durch Mujal und das britischen Außenministerium einbrachte.

Ein großer Teil des Kalten Kriegs wurde auf dem Feld der organisierten Arbeiterbewegung sowie bei der Übernahme der CTC durch die *mujalistas* ausgefochten und die anschließenden Säuberungen können als Teil einer antikommunistischen Offensive betrachtet werden. Die antikommunistischen Kräfte hatten nicht nur mächtige öffentliche Verbündete im Internationalen Kongress Freier Gewerkschaften (*International Congress of Free Trade Unions*, ICFTU) und seiner lateinamerikanischen Regionalabteilung, der Regionalen Interamerikanischen Arbeiterorganisation (*Organización Regional Interamericana de Trabajadores*, ORIT). Die britischen National Archives zeigen außerdem, dass sie im Britischen Gewerkschaftskongress (*British Trades Union Congress*, TUC) einen noch vertrauenswürdigeren Verbündeten hatten, der die Behörden mit nützlichen Informationen versorgte. Die CTC schloss sich dem ICFTU auf ihrem 6. Kongress im Jahr 1949 an und begann damit, die antikommunistische Arbeit der ORIT zu organisieren. Das Geld wurde von

⁶ TNA/FO 371/97516/7-AK1015/33.

⁷ TNA/FO 371/97.516-AK1015/18.

Batista zur Verfügung gestellt, der als quasi als ›Wäschereiservice‹ des US-Außenministeriums agierte. Eine wichtige Person in diesem Kontext war Serafino Romualdi, der öffentlich durch den Amerikanischen Arbeiterbund (*American Federation of Labour, AFL*) angestellt wurde und heimlich für den US-Geheimdienst CIA tätig war. Romualdi arbeitete eng mit Mujal und Bernado Ibáñez vom chilenischen Gewerkschaftsbund beim Aufbau der ORIT zusammen. Romualdi erklärte in seiner Autobiographie, dass die Aufgabe der ORIT nicht nur im politischen Antikommunismus bestand, sondern auch in der Schaffung »eines neuen Typs von lateinamerikanischem Gewerkschaftsführer, der das übliche Konzept des Klassenkampfes verlassen würde und durch konstruktive Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern ersetzen würde« (Romualdi 1967: 5). Dies mag auch erklären, warum der ICFTU mit der Lage in Kuba unter Batista vollständig zufrieden war und das britische Außenministerium das »erfrischende Spektakel eines amerikanischen Diktators, der die Unterstützung der ICFTU genießt«, anmerkte.⁸

Mujals Antikommunismus sollte aber nicht als prinzipientreue politische Position interpretiert werden. Er war zwar einst Mitglied der KP, schaffte es aber immer wieder, sich der Gruppe anzuschließen, die seine Karriereaussichten begünstigte. Seine Annäherung an Batista sollte daher keine allzu große Überraschung gewesen sein. Die Logik einer Gewerkschaft, deren Praxis darauf basiert, eine gute Beziehung zum Staat aufrechtzuerhalten, erfordert bei jedem Regierungswechsel ein Umschwenken in der Loyalität. Dies geschah sehr schnell nach dem Coup von Batista. Abgesehen von einigen einzelnen Streiks in besonders gut organisierten Arbeitssektoren, wie der Textilindustrie in Matanzas und voneinigen Buslinien in Havanna, gab es nur wenig Reaktionen von gewerkschaftlicher Seite. Jedweder Widerstand der Arbeiterklasse wurden schnell isoliert und gebrochen. Die offiziellen Gewerkschaften machten eine Art symbolische Widerstands-Show, bei der Mujal zunächst einen Generalstreik ausrief, um diesen dann schnell abubrechen, noch bevor die meisten Arbeiterinnen und Arbeiter überhaupt davon gehört hatten.

Die Mehrheit der Gewerkschaftsbürokratie kam schnell zu einer Übereinkunft mit dem neuen Regime und Mujal wurde einer von Batistas loyalsten Mitarbeitern. Als Gegenleistung für diese Zusammenarbeit ignorierte die Regierung die Korruption vollständig und verpflichtete – wie bereits erwähnt – obligatorische Gewerkschaftsbeiträge ein, die die CTC-Führung unabhängiger von den einfachen Gewerkschaftsmitgliedern machte. Diese Maßnahmen stellte sich jedoch als zutiefst unpopulär heraus und während der gesamten Regierungszeit Batistas wurde von den Arbeiterinnen und Arbeitern die

⁸ TNA/FO 371/97.516-AK1015/11.

Abschaffung der so genannten Gewerkschaftsquote (*cuota sindical*) gefordert. Die Hafendarbeiter von Havanna machten trotz des Eingreifens der Polizei eine so große Sache daraus, dass die Arbeitgeberseite der CTC schließlich das Geld auszahlte, ohne dass dieses vom Lohn abgezogen wurde. Die Abschaffung dieser Quote war denn auch eine der ersten Handlungen der Revolutionsregierung im Jahr 1959.

Die 1950er Jahre waren eine Zeit großer Spannungen im Kalten Krieg und das Ausmaß des kommunistischen Einflusses auf Kuba war offenbar ein Anliegen, das dem britischen Botschafter große Sorgen bereitete. Dies zeigt sich etwa an dessen Freude, dass die Sängerin Josephine Baker, »diese heiße Gospelsängerin des Rassismus, Peronismus und Kommunismus«⁹ in Konflikt mit dem Militärgeheimdienst geraten war. Hierbei muss erwähnt werden, dass der Ordner des Dokuments, der diese Zeilen enthält, eine handschriftliche Notiz aufweist, die darauf hindeutet, dass »Herr Holman scheinbar ein bisschen zu hart mit Josephine Baker umgeht« (ebenda). Das Botschaftspersonal stand sichtlich vor der schwierigen Aufgabe, die Pressemitteilungen der Regierung hinsichtlich der Frage zum Kommunismus zu sichten. Denn zur gleichen Zeit – und in voller Gewissheit über die US-amerikanischen Ansichten zu diesem Thema – war sich die Batista-Regierung dessen bewusst, dass diese Mitteilungen ihren Zwecken dienten, wenn es um die Übertreibung der Stärke und Militanz der Sozialistischen Volkspartei (*Partido Socialista Popular*, PSP) ging, wie die kubanische KP damals genannt wurde. Aus dem Tonfall der häufigen Berichte über den »Kommunismus in Kuba« wird ersichtlich, dass die britischen Diplomaten dies durchschauten und – allgemein gesprochen – eine angemessene Einschätzung der relativen Schwäche des kubanischen Kommunismus in den 1950er Jahren hatten. Dennoch war das britische Außenministerium sehr dankbar für die repressiven antikommunistischen Aktionen des Batista-Regimes, das es dafür lobte, die PSP schwach zu halten.

Batista bewegte sich mit Bedacht¹⁰ und versuchte, die »Rentabilität« wiederherzustellen, indem er die Arbeiterbewegung Stück für Stück bekämpfte. Damit wollte er sicherstellen, dass die Regierung das Kampffeld bestimmte, während jedwede Chance auf einen umfassenden Arbeitskampf verhindert wurde.

Zu einem ersten Angriff kam es im Juli 1952, als die Regierung ohne Vorwarnung eines der beiden Busunternehmen Havannas unter militärische Kontrolle stellte, dessen Gewerkschaftschef Marco Hirigoyen verhaftete und 600

⁹ TNA/FO 371/103377-AK1016/1.

¹⁰ *The Economist*, 27.5.1978, S. 21-23.

der 6000 Fahrerinnen und Fahrer des Unternehmens entließ. Dies diente einem doppelten Zweck: Einerseits wurde einer von Mujals internen Rivalen innerhalb der CTC entfernt, außerdem wurde eine der militantesten Gruppierungen von Arbeiterinnen und Arbeitern in der Hauptstadt eingeschüchtert. Damit sollte Mujal davon überzeugt werden, dass seine Zukunft im Regime lag. Für die britische Seite war dies besonders erfreulich, da sie in einen vorangegangenen Skandal verwickelt war, an dem ein korrupter US-Geschäftsmann und einstiger CIA-Agent namens William Pawley beteiligt gewesen war. Dieser hatte die kubanische Regierung davon überzeugt, ihm das Straßenbahnunternehmen Havannas zu überlassen und die Straßenbahnen durch Busse zu ersetzen.

Die Verhandlungen über den Ankauf neuer Busse des britischen Herstellers Leyland Motors begannen Ende Januar 1950.¹¹ Pawley geriet jedoch fast umgehend in finanzielle Schwierigkeiten, da er darauf zählte, Rechnungen zu begleichen, die seine Provision bei der Royal Bank of Canada betrafen, noch bevor die Busse ausgeliefert wurden. Als sich herausstellte, dass das nicht möglich war, fragte bei den Briten für einen Kredit an, der auf dieser Provision basierte. Das britische Finanzministerium stimmte zu, die Haftung für bis zu eine Million britischer Pfund zu übernehmen.¹² Pawley kam auch bei den US-Behörden unter gewissen Druck, da er sich entschieden hatte, in erster Linie britische Busse zu kaufen. Während er in sich im Juni 1950 in England aufhielt, um den Vertrag mit Leyland zu unterzeichnen, sagte er der US-Botschaft in London, dass er bereits über 200 Busse in den USA bei General Motors und Brill gekauft habe und dass die weiteren 620 Busse, die er benötige, zu einem Preis von 8,5 Millionen US-Dollar von Leyland Motors aus Großbritannien geliefert werden könnten. Der Hauptvorteil des britischen Angebots war, dass die Finanzregelung durch die Exportkreditgarantieabteilung (*Export Credit Guarantees Departement*, ECGD) des britischen Außenhandelsministeriums übernommen wurde. US-Banken, so behauptete er, hätten sich geweigert, Kredite zu gewähren. Er erklärte auch, dass die ganze Aktienschuld dieser Gesellschaft Eigentum der kubanischen Regierung sein würde, was eine Änderung der im März jenes Jahres übermittelten Informationen war, welche die kubanische Regierung nur zur Hälfte als Eigentümerin vorsah.¹³

¹¹ TNA/FO 371/81476-AK1372/1, AK1372/2, AK1372/3.

¹² TNA/FO 371/81476-AK1372/4.

¹³ »Arrangement made by Ex-Ambassador William Pawley to acquire British-made buses for use in Cuba; Autobuses Modernos«. Aus: US-Botschaft London, Depesche Nr. 2958, 19.6.1950, online: <http://www.latinamericanstudies.org/embassy/R34-2958-6-19-1950.pdf> (6.7.2016).

Während die britische Regierung voller Vertrauen zu William Pawley schien, waren britische Geschäftsleute in Kuba weniger begeistert. Der Geschäftsführer der Eisenbahngesellschaft United Railways of Cuba beklagte sich, dass die britische Regierung ihre Unterstützung für diese Regelung aussprach, während US-amerikanische Banken, die »Geld zum verprassen hatten«¹⁴ abgelehnt hatten, dieses anzurühren. Auch wurde davor gewarnt, dass es Probleme mit der Straßenbahngewerkschaft geben würde, da in diesem Unternehmen der »Betrieb vollständig von seinen Mitarbeitern beherrscht wurde« (ebenda). Diesem Einwand wurde aber nicht die geringste Aufmerksamkeit geschenkt.

Pawleys finanzielle Schwierigkeiten gingen indes weiter. Das ECGD und das britische Finanzministerium garantierten 85% aller Darlehen bis zu 800.000 US-Dollar, die Pawley von der Royal Bank of Canada erhielt, wobei er aber deutlich mehr benötigte.¹⁵ Pawley wandte sich dann an das kubanische Finanzministerium, um ein Darlehen für Betriebskapital zu ersuchen. Trotz der anfänglich positiven Antwort des Ministers legte der kubanische Präsident ein Veto dagegen ein und Pawleys finanzielle Vereinbarungen wurden offengelegt, indem deren pyramidales System aufgedeckt wurde. Ende Oktober 1950 informierte er die britische Botschaft über seine Absicht, zurückzutreten und behauptete, der kubanische Präsident habe ihm seine Unterstützung verweigert und würde ihn nun auch nicht mehr empfangen wollen.

Er sprach auch von Schwierigkeiten mit den Gewerkschaftsführern, die er beschuldigte, nicht genügend kompetentes Fahrpersonal zu bekommen und aus den ehemaligen Straßenbahnfahrern auszuwählen hatte. Dies führte dazu, dass ein Drittel der 160 US-amerikanischen Busse auf Grund von Unfällen und dem Mangel an Reparaturen still standen. Britische Diplomaten schienen geneigt zu sein, Pawley beim Wort zu nehmen und nannten Präsident Prío einen »schäbigen kleinen kubanischen Politiker«.¹⁶ Die britische Regierung war in erster Linie darüber besorgt, sicherzustellen, dass der Vertrag für die Busse von Leyland fortgesetzt wurde und nach einem Treffen in den Büros von Leyland wurde vereinbart, dass der Vertrag unter der Voraussetzung, dass die Zahlungen erfolgten, nicht gekündigt werde.¹⁷

Da die finanziellen Probleme von Autobuses Modernos – wie die neue Busgesellschaft genannt wurde – in der Öffentlichkeit bekannt wurden, verstaatlichte die kubanische Regierung das Unternehmen sehr schnell, um einen weiteren Skandal zu vermeiden. Die finanziellen Vereinbarungen blieb indessen

¹⁴ TNA/FO 371/81476-AK1372/6.

¹⁵ TNA/FO 371/81476-AK1372/7.

¹⁶ TNA/FO 371/81476-AK1372/10.

¹⁷ TNA/FO 371/81476-AK1372/12.

weiter unklar, aber ein durchgesickter Bericht eines Mitarbeiters der Regierung bezifferte die Verluste auf eine viertel Million Pesos pro Monat. Außerdem hatte es Pawley anscheinend geschafft, die Busse als sein persönliches Eigentum zu registrieren, die er von der Miami Railway Company pachtete, um sie schließlich an *Autobuses Modernos* für 20 Pesos pro Tag zu vermieten.¹⁸ Die britischen Behörden sahen aber immer noch keinen Grund, Pawley für das Debakel verantwortlich zu machen. Sie dachten, dass das Hauptproblem darin läge, dass »der Präsident, in den Pawley seine Hoffnungen gesetzt hatte, sich als ein geknicktes Schilfrohr erwiesen hatte.«¹⁹

Lord Stokes, der Direktor von Leyland Motors, flog im November nach Havanna und weigerte sich, mehr Busse zu schicken, es sei denn, er würde sogleich in bar bezahlt werden. Da Pawley die Straßenbahnschienen entfernen hatte lassen, war er aus britischer Sicht in einer guten Verhandlungsposition. Mit Stokes Zustimmung sicherte sich die britische Regierung eine Hypothekenanleihe im Wert von 10 bis 15 Millionen US-Dollar auf *Autobuses Modernos*. Dies garantierte einen Deal, durch den die kubanische Regierung vor dem 31. Dezember 1951 zwei Millionen US-Dollar zahlen sollte, mit einer ersten Zahlung von einer Million US-Dollar vor dem 1. April und dem Rest in Raten bis Juni 1952. Das war für die britische Diplomatie ein vollkommen zufriedenstellendes Ergebnis: Sie hatte eine beträchtliche Summe riskiert, um rivalisierenden US-amerikanischen Buserstellern zuvorzukommen und sie hatte die Bezahlung der Busse gesichert. Und schließlich war auch Gewerkschaftsführer Marco Hirigoyen, den sie als einen der Urheber ihrer Probleme ansahen, von der kubanischen Regierung aus dem Weg geräumt und mit einer Mordklage belastet worden, wodurch die britische Position gerechtfertigt wurde. Dies beeindruckte den britischen Botschafter so sehr, dass er berichtete, der öffentliche Verkehr Havannas sei »hinsichtlich der Bestechung, Ineffizienz und finanziellen Verluste ein himmelschreiender Skandal geworden.«²⁰ Er berichtete weiter:

»[...] dieser Vorfall dient als ein Beispiel dafür, was von einem starken Mann in Kuba erreicht werden kann, der ohne Furcht vor Einschüchterung ist und es darauf anlegt, die öffentlichen Versorgungsbetriebe von Gangstern und überflüssigen Elementen zu säubern. Es bleibt zu hoffen, dass ähnliche Maßnahmen, wenn erforderlich, zu gegebener Zeit getroffen werden, um die United Railways auf eine wirtschaftlichen Grundlage zu stellen«. (Ebenda)

¹⁸ TNA/FO371/90793-AK1372/2.

¹⁹ TNA/FO 371/90793-AK1372/3.

²⁰ TNA/FO371/97517-AK1015/38.

Bei den United Railways handelte es sich um die Eisenbahngesellschaft Ferrocarriles Unidos (FFCC Unidos), die in der westlichen Hälfte der Kubas aktiv war. Das Unternehmen befand sich zur Mehrheit in den Händen britischer Aktionärinnen und Aktionäre und war praktisch bankrott. Die britischen Eigentümer hatten seit einiger Zeit versucht, sich selbst und ihr verbliebenes Kapital aus dem Unternehmen herauszunehmen. Damit hatte sich das Unternehmen zu einer der wichtigsten Angelegenheiten des britischen Botschafters entwickelt und es gab ihm einen weiteren Grund, freundlich über die Batista-Regierung zu urteilen:

»[...] die Existenz einer starken Regierung in Kuba verbessert erheblich die Chancen für eine Beilegung der Ansprüche der United Railways, was durch die Haltung der organisierten Arbeiterbewegung in Kuba erschwert worden war.«²¹

Die Netzwerkinfrastruktur der FFCC Unidos war stark heruntergekommen und auf massive Investitionen angewiesen. Der Bericht und die Abrechnungen für die Jahre 1948/49 zeichneter das katastrophale Bild eines bankrotten Unternehmens, das unter staatlicher Aufsicht operierte und durch Subventionen am Leben gehalten wurde. Der sinkende Zuckerpreis, an den die Frachtkosten gebunden waren, sowie eine kleinere Ernte führten zu Einnahmenverlusten beim Zucker von ca. einer halben Million Pfund Sterling. Der Vorstandsvorsitzende beklagte, dass »die Hauptschwierigkeit in der Weigerung der Gewerkschaften liege [...], zuzulassen, dass das Unternehmen grundlegende Sparmaßnahmen wie die Senkung der Löhne, die Entlassung von überflüssigem Personal und die Aufhebung unnötiger Dienstleistungen einführe.«²² Daraus folgerten die Verfasser des Truslow-Berichts, dass die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht mehr auf dem bestehenden Niveau aufrechterhalten werden könnten und diese ein Hindernis für weitere Investitionen darstellten.

Im September 1949 gelang es der Geschäftsleitung von FFCC Unidos schließlich, 800 Entlassungen durchzusetzen und die Löhne auf das Niveau von vor 1945 zu drücken. Durch diese Maßnahmen konnte das Unternehmen bis 1952 weitertorkeln, als es schließlich aufgrund steigender Schulden weitere Entlassungen und Frühpensionierungen vornahm. Das seit dem Putsch im März 1952 regierende Batista-Regime billigte einen Plan, der nach seinem Verfasser Luis Chiappy benannt wurde. Demzufolge übernahm die Regierung 51% der

²¹ TNA/FO 371/97516/7-AK1015/9.

²² *The Times*, 30.11.1950, S. 10.

Anteile von FFCC Unidos und handelte ein Darlehen mit der Bank of America und der Hannover Bank aus, um die Rechnungen mit den britischen Aktionärinnen und Aktionären zu begleichen.²³ Zusätzlich zu diesen Maßnahmen, die unmittelbare finanzielle Zukunft des Unternehmens zu sichern, kündigte die Regierung ihre Absicht an, die im ›Chiappy-Plan‹ beschriebenen Entlassungen durchzusetzen. Da die Arbeiterinnen und Arbeiter noch von der Reaktion ihrer Gewerkschaft im Jahr 1949 enttäuscht waren, stellten sie aus einfachen Mitgliedern ein Streikkomitee (*Comité de Lucha*) auf die Beine, das Ende Juni 1953 einen Streik ausrief. Die Regierung reagierte mit einer militärischen Intervention und dekretierte, dass alle, die nicht sofort an die Arbeit zurückkehrten, sofort entlassen werden würden. Javier Bolaños, der nationale Präsident der Eisenbahnergewerkschaft *Hermandad Ferroviaria*, rief die Arbeiterinnen und Arbeiter an ihren Arbeitsplatz zurück und betonte zugleich, er werde alles Notwendige tun, damit die Reduzierung der Betriebsmitglieder »strikt auf die Zahl beschränkt werde, die das Unternehmen benötigte.«²⁴

Am 26. Juli 1953 griff eine bewaffnete und von Fidel Castro angeführte Truppe die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba an. Im Schatten der darauf folgenden Repressionen seitens der Regierung zwangen die Behörden die Arbeiterinnen und Arbeiter zur Rückkehr an ihre Arbeitsplätze und es kam zu weiteren Entlassungen im August jenes Jahres. Das Batista-Regime zeigte sich schließlich noch entgegenkommender, als es die verlustträchtigen FFCC Unidos verstaatlichte und dafür eine Entschädigung von 13 Millionen US-Dollar in bar zahlte.²⁵ Dies stellte aus der Sicht der britischen Diplomatie eine weitere zufriedenstellende Lösung dar und gab der Botschaft einen guten Grund, um ihre Unterstützung Batistas auszuweiten – vor allem, da er die Bahngewerkschaften besiegte und Arbeitsplatz- und Lohnkürzungen durchsetzte, welche die britische Seite stets als erforderlich angesehen hatte. Es scheint eine Art Volkssport der britischen Oberschicht zu sein, den Arbeiterinnen und Arbeitern für ihre eigenes schlechtes ›Marketing‹ und den inkompetenten Betrieb der Eisenbahn die Schuld zuzuschieben.

Die Gewerkschaftsbürokratie akzeptierte die Niederlage der Arbeiterinnen und Arbeiter der Bahn- und Busunternehmen sowie das Verbot, bei der Parade am 1. Mai aufzumarschieren. Dies hatte zur Folge, dass es zu einer relativ ruhigen Phase kam. Batista gelang es, sich durch die Wahlen im November 1954 zu legitimieren und er war für die Briten eindeutig der bevorzugte Kandidat,

²³ TNA/FO 371/103386.

²⁴ *Noticias de Hoy*, 17.7.1953, S. 5.

²⁵ TNA/FO 371/108989-AK1011/1.

denn er sei »die Art von Präsident, der am geeignetsten für das Land [war, L. B.]«,²⁶

Nach den Wahlen stand das Regime vor zwei drängenden Problemen: Der fallende Zuckerpreis führte dazu, dass die Arbeitgeberschaft den Lohn- und Arbeitsplatzabbau besonders hartnäckig einforderte, da die geforderten Kürzungen während der Wahlen im Vorjahr weitgehend ignoriert worden waren. Darüber hinaus hatte auch die im US-Besitz befindliche Eisenbahngesellschaft Ferrocarriles Consolidados, die im östlichen Teil der Insel das Schienennetz betrieb, finanzielle Probleme, was bedeutete, dass die Eigentümer dieses Unternehmens nun ebenfalls ihre Lohnkosten und Personalzahlen senken wollten. Zu jener Zeit trat mit Fordham ein neuer britischer Botschafter sein Amt an. Er berichtete nicht sehr ausführlich über das Jahr 1955 – vermutlich, weil er sich gerade erst in sein Amt einarbeiten musste. Obwohl es sich um eine Zeit intensiver Klassenkämpfe auf Kuba handelte, verwies er nur auf »einige Arbeitsschwierigkeiten [...], [von denen] keine zufriedenstellend gelöst wurden«. In der Tat begann das Jahr 1955 mit einer Unterbrechung des Bahnverkehrs auf der halben Insel und endete mit einem Streik von einer halben Million Zuckerarbeiterinnen und Zuckerarbeitern. Während des Jahres kam es auch zu militanten Aktionen von Bankangestellten, Telefonistinnen und Telefonisten, Busfahrern, Hafentarifarbeitern, Tabakrollererinnen und Tabakrollern, Brauereipersonal sowie Textilarbeiterinnen und -arbeitern. Mittels einer Mischung aus Korruption, Polizeigewalt und einer geschickten Politik unter dem Motto »teile und herrsche« gelang es der Regierung, diesen Arbeitskampf zu überstehen, während Arbeitsplatz- und Lohnkürzungen weiterhin umgesetzt wurden. Besonders wichtig war die Niederlage der Zuckerarbeiterinnen und -arbeiter im Dezember 1955. Nach Angaben der britischen *Economist Intelligence Unit* gabe es in der Arbeitgeberschaft viele, die dies nicht so interpretierten (*Economist Intelligence Unit* 1955, o. S.). Im Februar 1955 hatte die *Economist Intelligence Unit* gehofft, dass Batista »die Opposition der organisierten Arbeiterschaft ausschalten würde« (ebenda, o. S.). Im Februar des darauffolgenden Jahres zeigte sie sich enttäuscht und meinte: »Ein Streik von 500.000 Zucker- und Hafentarifarbeitern wurde nach kurzer Zeit durch eine Entscheidung der Regierung zugunsten der Arbeiter beigelegt« (*Economist Intelligence Unit* 1956, o. S.).

Nachdem ab 1956 wieder regelmäßige diplomatische Berichte über die innenpolitische Situation verfasst wurden, war die einzige wirkliche wahrgenommene Bedrohung ein Generalstreik, da Batista »die Unterstützung

²⁶

der Armee, der Großunternehmen und der Vereinigten Staaten hat.«²⁷ Die legalen Oppositionsparteien stellten keine Bedrohung dar und waren hoffnungslos gespalten (Ibarra Guitart 2000), trotz der Einschätzung des Botschafters, dass die Opposition »zweifelloso viele der besten Elemente der Intellektuellen und der höheren Berufsstände «²⁸ angehörten. Unter Ausblendung der weit verbreiteten Polizeibrutalität und Korruption wurde berichtet, dass »man weit davon entfernt ist, das Gefühl zu haben, in einem Polizeistaat zu leben«²⁹ und dass Batista »anscheinend die wahren Interessen seines Landes in seinem Herzen trägt« (ebenda). Diese Auffassung sollte durch die Ankunft Fidel Castros Ende des Jahres 1956 heftig erschüttert werden, auch wenn es einige Zeit dauerte, bis Analysen der Bedrohung durch die Rebellinnen und Rebellen im diplomatischen Gepäck auftauchten.

Die Botschaft stand mit ihrer Unterschätzung der Bedrohung, die Castro und seine Truppen für das Regime darstellen könnten, jedoch nicht alleine da. Ihre Einschätzung zu Beginn des Jahres 1957 lautete, dass »die jüngsten Ereignisse, welche die Aufmerksamkeit auf die Stimmung gegen Batista auf der Insel lenken, uns nicht von der grundsätzlichen Stärke der Regierung ablenken sollten.«³⁰ Dies erwies sich in den ersten schwierigen Tagen für die Rebellinnen und Rebellen in der Sierra Maestra als korrekt. Als die Rebellenarmee jedoch im weiteren Jahresverlauf an Größe und Wirksamkeit wuchs, wurden die diplomatischen Berichte zunehmend besorgter, dass »es wenig Aussicht auf eine Verbesserung gebe, solange die kubanische Regierung so schlecht mit diesen Angelegenheiten umgeht wie bisher.«³¹ Die Botschaft erkannte die kontraproduktive Art der Polizeibrutalität und akzeptierte, dass »es nicht einfach ist, die Polizei davon abzubringen, rechtswidrige Methoden anzuwenden, wenn der Terrorismus grassiert« (ebenda).

Im April 1958 war sich der Vizekonsul in Santiago de Cuba vollkommen darüber im Klaren, dass die Situation in den Provinzen immer prekärer wurde und dass »jeder, gleichsam reich oder arm, für Castro zu sein scheint.«³² Trotz seiner Meinung, dass »die derzeitige Regierung mehr für Kuba getan hat als alle bisherigen zusammengenommen«³³, erkannte der Vizekonsul, dass »einer der Gründe, dass die Rebellen so viel Immunität genossen haben, am äußerst

²⁷ TNA/FO 371/126467-AK1015/1.

²⁸ TNA/FO 371/126467-AK1015/28.

²⁹ TNA/FO 371/126466-AK1012/2.

³⁰ TNA/FO 371/126467-AK1015/8.

³¹ TNA/FO 371/126467-AK1015/28.

³² TNA/FO 371/132164-AK1015/20.

³³ TNA/FO 371/132164-AK1015/28.

armseligen Typ Mensch liegt, der in der kubanischen Armee dient. Sie sind bewaffnet und leben wie die Made im Speck, denn jeder von ihnen ist ein korrupter Schieber und er ist nicht darauf erpicht, erschossen zu werden« (ebenda) Eine Armee, deren Hauptaufgabe die Unterdrückung ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist, neigt dazu, korrupt und demoralisiert zu werden. Somit war Batistas Armee im Kampf nicht besonders effektiv, als sie es mit gut trainierten und politisch motivierten Guerillas zu tun bekam, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1958 sehr schnell die militärische Oberhand errangen. Der Botschafter selbst beklagte die Tatsache, dass »die Armee nicht zu heroischen Taten neigt.«³⁴

Noch bevor der militärische Erfolg der Rebellinnen und Rebellen offensichtlich wurde, war es zu zwei Versuchen für einen Generalstreik gekommen, um die Regierung zu Fall zu bringen: Einer im August 1957 in Folge des Mordes an Frank País, dem Anführer des urbanen Widerstands in Santiago de Cuba. Der Streik war im Osten erfolgreich, konnte sich aber nicht nach Westen und somit in die Hauptstadt ausbreiten. Der zweite Versuch im April 1958 wurde für die Rebellenbewegung ein absolutes Desaster. Diese Rückschläge zeigen, wie wichtig die Unterstützung von Mujal und der CTC-Bürokratie für Batista waren. Die Kontrolle der formellen Gewerkschaftsstrukturen hatte dem Regime anfangs ein gewisses Maß an Legitimität verliehen, aber Mujals Machtmissbrauch machte ihn schließlich zum am meisten gehassten Mann auf Kuba nach Diktator Batista. Seine Kollaboration mit der Regierung bei der Zustimmung zur Mechanisierung der Arbeitsabläufe und anderer Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung sowie sein Versagen, den Arbeiterinnen und Arbeitern die Vergütungen zu sichern, die viele von ihnen als den ihnen zustehenden Anteil an einer moderat prosperierenden Wirtschaft betrachteten, zeigten die Schwächen von Mujals Führung der Gewerkschaften auf. Zugleich gewann die Rebellenbewegung dadurch bei den »einfachen« Arbeiterinnen und Arbeitern an Unterstützung. Allerdings konnte diese Unterstützung nicht als selbstverständlich betrachtet werden und die Arbeiterinnen und Arbeiter würden keinen Streik unterstützen, den sie als offensichtlich selbstmörderisch erkannten. Sich in Batistas Kuba an einem Streik zu beteiligen, konnte eine Entscheidung zwischen Leben und Tod sein und die Arbeiterinnen und Arbeiter mussten ein gewisses Vertrauen in ihre Überlebenschancen und in ihre Aussichten auf Erfolg haben, um zu einem Ergebnis zu gelangen, das ihren politischen und wirtschaftlichen Interessen entsprach.

³⁴

TNA/ FO 371/132.164-AK1015/44.

Der britische Botschafter bezog sich in seinen Berichten häufig auf den Wohlstand Kubas in den 1950er Jahren sowie auf den deutlichen Anstieg der US-Investitionen. Dieser scheinbare Wohlstand verschleierte die Auswirkungen auf Individuen und sozialen Gruppen, die ausgegrenzt wurden (Ibarra Cuesta 1998). Die eigentliche Frage aber lautete: ›Wohlstand für wen?‹ Die Produktivitätssteigerungen, die zu einer Steigerung der Rentabilität beigetragen hatten, wurde durch Entlassungen, eine höhere Arbeitsbelastung und längere Arbeitszeiten erreicht, wofür die gleichen oder niedrigere Löhne gezahlt wurden. Der Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens, kombiniert mit einer höheren Arbeitslosigkeit und stagnierenden Löhnen für Arbeiterinnen und Arbeiter, bildeten eine Zunahme der Ungleichheit ab. Die Arbeiterinnen und Arbeiter waren sich sehr genau dessen bewusst, wie schwer sie für ihren Lohn arbeiten mussten und wie leicht sie auch ihre Arbeit verlieren konnten, wobei die Arbeitslosigkeit bereits bei 20% lag. Es gab auch eine moralische Dimension des Wohlstands: Ein signifikanter Teil der Investitionen der USA flossen in die Tourismusindustrie, die stark auf Prostitution und Glücksspiel gründete, in die in hohem Maße die Mafia involviert war (Cirules: 1993). Das gibt jedoch die zur Verfügung stehende diplomatische Korrespondenz nicht wieder.

Während es also aus der Perspektive des Botschafter so schien, als »genieße die organisierte Arbeiterschaft Wohlstand und Privilegien, die ihr zuvor unbekannt waren «³⁵, erinnerten sich 1958 viele Arbeiterinnen und Arbeiter an die kürzeren Arbeitswochen und den höheren Lebensstandard der Zeit vor Batistas Putsch.. Die Niederlage in den größeren Klassenkämpfen (als welche die Arbeitskämpfe von 1955 interpretiert werden können) wurde als Signal empfunden, dass gewaltloser Gewerkschaftsaktivismus keine gangbare Option mehr war und dass die Arbeiterschaft, wenn sie der Produktivitätssteigerungsoffensive der Unternehmer etwas entgegensetzen wollte, bewaffnete Unterstützung benötigte. Beginnend in der östlichen Provinz Oriente gelang es der Rebellenbewegung, eine beeindruckende Untergrundbewegung von Arbeiterinnen und Arbeitern aufzubauen (Comisión Nacional de Historia 1980), was auch als kurze Anmerkung in einem Bericht des Vizekonsuls in Santiago de Cuba zu dessen Reise nach Guantanamo zu finden ist. Allerdings erschwerte der geheime und regionale Charakter dieser Organisation deren Enttarnung von Havanna aus , wo Mujals Kontrolle der offiziellen Arbeiterbewegung gesichert schien.

Die Unterstützung der Arbeiterklasse für die Rebellinnen und Rebellen hing von deren militärischen Erfolgen ab. Die britische Regierung versuchte diese Erfolge zu verhindern, indem sie Batista ab 1958 mit Panzern und *Sea Fury*-

³⁵

TNA/FO 371/126467-AK1015/8.

Kampfflugzeugen versorgte, obwohl sie zu dem Schluss gelangt war, dass »wir nicht beliebt sein werden, wenn wir den Kubanern Comet Panzer verkaufen.«³⁶ Die prognostizierte Unbeliebtheit erwies sich als zutreffend. Die BBC schnappte Berichte des Radiosenders von Castros Guerillatruppe *Radio Rebelde* auf, in denen die Briten für ihren Verkauf von Kampfflugzeugen kritisiert wurden, während damals doch sogar die USA ein Waffenembargo verhängt hatten. Außerdem rief *Radio Rebelde* zum Boykott britischer Unternehmen auf, allen voran von Shell, das in Kuba von einem alten Freund und Verbündeten Batistas geleitet wurde. Der damalige US-Botschafter Earl Smith gab dem britischen Botschafter insgeheim zu verstehen, dass »er persönlich hofft, dass wir die Waffenlieferungen an Batista fortsetzen werden.«³⁷

Eine derartige britisch-amerikanische politische Zusammenarbeit zeigte sich jedoch nicht auf dem Gebiet des Handels, wo es eine beachtliche Konkurrenz gab. Wie oben bereits erwähnt wurde ungeachtet des Drucks des US-Botschafters, der eifrig auf ein Konkurrenzangebot von General Motors drängte, ein Vertrag mit British Leyland Motors vereinbart, um Havanna mit 620 neuen Bussen zu beliefern. Dieser Deal überlebte den Sturz Batistas und linderte erheblich den Zorn der neuen Rebellenregierung, welche die Sea Fury-Flugzeuge noch in den Kisten der Docks in Havanna vorfand. Es wurde eine endgültige Versöhnung arrangiert und der Boykott während eines privaten Treffens zwischen Fidel Castro und dem britischen Botschafter beendet. Der britische Botschafter empfahl, der britischen Regierung anschließend mittels der Heilsarmee eine »wohltätige Spende, um den kubanischen Familien zu helfen, die in den jüngsten Kämpfen gelitten hatten.«³⁸

Die vorherrschende Meinung jener Zeit – dass die politische Macht in Lateinamerika nur unter der Kontrolle der Armee und der Elitepolitiker den Besitzer wechselte – brach an Neujahr 1959 zusammen, als Fidel Castro einen überaus erfolgreichen Generalstreik ausrief, der verhinderte, dass die »US-Botschaft diskret versucht, eine Junta hochrangiger Offiziere zu unterstützen, die Anhänger Batistas und Castros, um eine provisorische Regierung zu bilden.«³⁹ Zugleich gewann Castro auch die vollständige Kontrolle über die CTC (Alexander 2002), als – wie der diplomatische Bericht dies formulierte – »die organisierte Arbeiterschaft auf den fahrenden Zug aufsprang.«⁴⁰ Die britische Regierung erkannte die neue Regierung Kubas am 7. Januar an. Der Ton, in dem

³⁶ TNA/FO 371/132165-AK1015/38.

³⁷ TNA/FO 371 132165-AK1015/62.

³⁸ TNA/FO 371/139399-AK1015/52.

³⁹ TNA/FO 371/132165-AK1015/77.

⁴⁰ TNA/FO 371/132165-AK1015/47.

sie dies tat, hätte aber von einem Botschaftsbericht aus dem Jahr 1951 stammen können:

»Was die Arbeiterschaft betrifft, höre ich von allen Seiten, dass sie vollständig außer Kontrolle gerät [...] es scheint, dass die nationale Wirtschaft ernsthaft bedroht werden wird, wenn die Produktivität nicht gesteigert und die Löhne in gewissen Grenzen gehalten werden.«⁴¹

Trotz der britischen diplomatischen Berichte, die Castros Rede bei einer Veranstaltung der CTC als »erschreckende Erfahrung«⁴² bezeichneten und behaupteten, er verwende »Amphetamine oder ähnliche Mittel« (ebenda), waren beide Seiten pragmatisch genug, um eine Übereinkunft zustande zu bringen. Dies wurde wahrscheinlich durch das für beide Seiten bedeutsame Geschäft mit den Leyland-Bussen beschleunigt. Leyland hatte Ende 1958 mit der Batista-Regierung ein Einvernehmen erreicht, welches eine Lieferung von weiteren 300 Bussen nach Kuba vorsah, was aber durch den Sieg der Revolution in Frage gestellt wurde. Dennoch erbrachten die Verhandlungen zwischen dem neuen Verkehrsminister, dem ehemaligen Eisenbahner Julio Camacho, und den Managern von Leyland die Unterzeichnung eines Vertrags für 200 Busse im Wert von 4,2 Millionen US-Dollar.⁴³ Die britische Regierung erlaubte auch den Export von fünf bis dahin nicht gelieferten *Sea Fury*-Kampfflugzeugen im Mai 1959. Eine hübsche Ironie des Schicksals war es, dass jene Kampfflugzeuge zum ersten Mal in der Schlacht gegen die von den USA orchestrierte Invasion der Schweinbucht zum Einsatz kamen, in der auch viele Anhänger des Batista-Regimes kämpften, für welche die Kriegsflugzeuge ursprünglich gedacht gewesen waren.

Es kommt heute selten vor, dass auf die Batista-Regierung ein positives Licht geworfen wird. Die diplomatischen Berichte der 1950er Jahren aus Kuba aber zeigen die britische Regierung als entschiedenen Befürworter der Diktatur, die in ihren Augen ihren kommerziellen Interessen diene, indem sie die Arbeitskosten senkte und damit die Rentabilität der britischen Investitionen steigerte. Zugleich passte Batistas übertriebener Antikommunismus gut in das Konzept der britischen Außenpolitik während des Kalten Kriegs. Trotzdem gab es innerhalb des Batista-Regimes einen zentralen Widerspruch : Um sich an der Macht zu halten und seinen Plan zur Erhöhung der wirtschaftlichen Produktivität

⁴¹ TNA/FO 371/132165-AK1015/93.

⁴² TNA/FO 371/132165-AK1015/59.

⁴³ TNA/FO 371/139471-AK1223/25.

umzusetzen, benötigte das Regime die Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie. Doch wenn es die Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter so schnell und so drastisch angegriffen hätte, wie dies die Arbeitgeberschaft wünschte, hätte sie die Unterstützung riskiert, für die Mujal und dessen weitere Gewerkschaftsführer sorgen konnten. In Anbetracht der ständigen Spaltungen innerhalb der legalen Opposition und deren wenig überzeugender Alternativen hätte das Regime wahrscheinlich überleben können, wenn es nicht zu der Krise gekommen wäre, die entstand, als der Guerilla-Aufstand in der Sierra Maestra das Gleichgewicht durcheinanderbrachte. Der brutale und letztlich erfolglose Versuch der kubanischen Armee, diesen Aufstand niederzuschlagen, verschärfte die krisenhafte Atmosphäre nur noch weiter. Letztlich führte die Spannung zwischen den Erwartungen seiner Anhängerschaft und den Schwierigkeiten, diese zu erfüllen, zu Batistas Sturz. Als jedoch deren Strategie und das Regime gescheitert waren, erscheint die Geschwindigkeit, mit der das britische Außenministerium eine Übereinkunft mit der neuen kubanischen Regierung erzielte, bemerkenswert. Die erfolgreiche Fortsetzung des Vertrags mit Leyland und die rasche Aufhebung des Boykotts von Shell zeigen die Fähigkeit der Briten, politische Abneigungen hinter wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu verstecken.

ARCHIVQUELLEN

TNA – The National Archives, Kew (London Borough of Richmond upon Thames)
Foreign Office (FO) 317 (General Correspondence from Political and Other Departments from 1906-1966)

LITERATUR

- Alexander, Robert Jackson (2002): *A history of organized labor in Cuba*, Westport: Praeger.
- Blackburn, Robin (1963): »Prologue to the Cuban revolution«, in: *New Left Review* 1:21, S. 52-91.
- Baklanoff, Eric N. (1998): *Cuba on the eve of the Socialist transition. A reassessment of the backwardness-stagnation thesis*. Papers and proceedings of the 8th annual meeting of the Association for the Study of the Cuban Economy (ASCE).

- Bonachea, Ramón/San Martín, Marta (1974): *The Cuban insurrection, 1952-1959*, New Brunswick: Transaction Books.
- Bonachea, Rolando/Valdés, Nelson (1972): *Cuba in revolution*, Garden City: Anchor Books.
- Comisión nacional de historia (1980): *Departamento obrero II Frente Oriental »Frank País«*, Provincia Guantanamo, La Habana: [o.V.].
- Cirules, Enrique (1993): *El imperio de La Habana*, La Habana: Casa de las Américas.
- Economist Intelligence Unit (1955): *Cuba, Dominican Republic and Puerto Rico*, [Quarterly economic review] 9 (February), London: Economist Intelligence Unit, [o. S.].
- Economist Intelligence Unit (1956): *Cuba, Dominican Republic and Puerto Rico*, [Three monthly economic review] 13 (February). London: Economist Intelligence Unit [o. S.].
- Franqui, Carlos (1980): *Diary of the Cuban revolution*, New York: Viking.
- García Pérez, Gladys Marel (1998): *Insurrection and revolution. Armed struggle in Cuba 1952-1959*, Boulder: Lynne Rienner Publishers.
- Ibarra Cuesta, Jorge (1998): *Prologue to revolution. Cuba 1898-1958*, London: L. Rienner Publishers.
- Ibara Guitart, Jorge (2000): *El fracaso de los moderados*, La Habana: Editora Política.
- Instituto de Historia del Movimiento Comunista y de la Revolución Socialista de Cuba (Hg.) (1985): *Historia del movimiento obrero cubano 1865-1958*. Bd. II, La Habana: Editora Política.
- Kapcia, Antoni (2000): *Cuba. Island of dreams*, Oxford: Berg.
- Karol, K.S. (1970): *Guerrillas in power. The course of the Cuban revolution*, New York: Hill & Wang.
- O'Connor, James (1970): *The origins of socialism in Cuba*, Ithaca: Cornell University Press.
- Phillips, Ruby Hart (1959): *Cuba. Island of paradox*, New York: McDowell.
- Pino Santos, Oscar (2008): *Los años 50*, La Habana: Editorial Arte y Literatura.
- Rojas Blaquier, Angelina (1983): *El mujalismo en el movimiento obrero cubano*, Sofia: Instituto de Marxismo-Leninismo.
- Rojas Blaquier, Angelina (1998): *1955. Crónica de una marcha ascendente*, La Habana: Instituto de Historia de Cuba.
- Sims, Harold (1985): »Cuban labor and the Communist Party. An interpretation«, in: *Cuban Studies* 15:1, S.43-58.
- Sims, Harold (1998): »Cuba's organized labour from depression to Cold War« in: *MACLAS Latin American Essays* 11, S. 45-62.

- Spalding, Hobart (1977): *Organized labor in Latin America. Historical case studies of workers in dependent societies*, New York: New York University Press.
- Stubbs, Jean (1985): *Tobacco on the periphery. A case study in Cuban labour history 1860-1958*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Suarez, Andres (1972): »The Cuban revolution. The road to power«, in: *Latin American Research Review* 7:3, S. 5-29.
- Sweig, Julia (2002): *Inside the Cuban revolution. Fidel Castro and the urban underground*, London: Harvard University Press.
- Truslow, Francis Adams (1951): *Report on Cuba*, Washington, D.C.: International Bank for Reconstruction and Development.
- Zeitlin, Maurice (1967): *Revolutionary politics and the Cuban working class*, Princeton: Princeton University Press.

